

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 14 (1922)  
**Heft:** 7

**Artikel:** Presskommentare zum Gewerkschaftskongress  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-351670>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Man wird dabei allerdings berücksichtigen, dass es sich nicht durchweg um gleichwertige Waren handelt. Interessant ist es aber auf alle Fälle, dass die Warenpreissteigerung für Früchte und Gemüse, animalische Nahrungsmittel, Getränke, tierische Stoffe, Glas, Eisen, Metalle, Maschinen, Uhrenbestandteile und Instrumente und Apparate noch 1921 steigende Tendenz zeigte, also zu einer Zeit, da der «Lohnabbau» schon ziemlich stark eingesetzt hatte.

Es sind nur zwei Kategorien, Getränke und unbedruckte Papiere, die im Preis hinter 1913 zurückstehen. Hier spielt aber offenbar die Qualität eine besondere Rolle.

Alles in allem lohnt es sich wohl, den Einzelergebnissen auf den Grund zu gehen, und es mögen die direkt Beteiligten die in ihr Fach einschlagenden Kategorien einer besondern Würdigung unterziehen. Unsere Absicht war es lediglich, auf die Sache hinzuweisen und die Vergleichsarbeit zu erleichtern.



## Presskommentare zum Gewerkschaftskongress.

### «Der Gemeinde- und Staatsarbeiter».

Dass aber gehandelt wird, das liegt nicht in der Macht des Bundeskomitees und nicht in der der Verbands- oder Sektionsleitungen. Diese können und müssen die Aufklärung und Vorbereitung auf sich nehmen; die Durchführung aber hängt vom Willen der Masse der Gewerkschafter ab. Fehlt dieser, dann hilft uns kein Programm und keine Prinzipienklärung.

### «Schweiz. Metallarbeiter-Zeitung».

Mit den Forderungen bestätigte der Gewerkschaftskongress, und zwar sowohl die Richtung Amsterdam wie Moskau, die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik und dokumentierte, dass es ebenso verkehrt ist, nur Gewerkschafter zu sein, als nur Politiker; dass es ebenso falsch ist, politische Abstinenz zu üben, wie es einmal die kommunistische Theorie propagierte und wie es die Kommunisten da und dort in der Praxis noch halten, als es falsch ist, die Politik ohne die Gewerkschaften, ohne die Arbeiter machen zu wollen. Gewerkschaftlich und politisch muss sich der Arbeiter betätigen, überall sich Einfluss verschaffen und den Kampf mit allen gewerkschaftlichen und politischen Kräften und Mitteln nicht nur um Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen, sondern um den gesamten Komplex von Wirtschaftsfragen zu führen, von der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung bis zur sozialistischen Planwirtschaft.

### E. H. in der «Holzarbeiterzeitung».

Dieser Kongress hat nun stattgefunden, und wie ist er für die auf dem Neuenburger Kongress so starke Opposition abgelaufen? Während schon bei der Kampagne für die Trimbacher Anträge die «Radikalen» mit ihren gelegentlichen Seitensprüngen bewiesen, dass für sie die Parole Einheitsfront nur Phrase, Mittel zum Zweck ist, haben sie mit ihren neuen Anträgen zum ausserordentlichen Kongress erst recht bewiesen, dass es ihnen im Ernst nicht um die Zusammenfassung der Kräfte zu tun war, sondern sie glaubten, die ihnen so verhassten Leiter des Gewerkschaftsbundes entlarven zu müssen. Statt dass die Trimbacher Anträge aufgenommen und am Kongress zur Diskussion gestellt wurden, verlegte man sich auf neue Anträge, bei denen man zum vornherein wusste, dass sie nicht nur vom Kongress abgelehnt werden, sondern auch von der Mehrheit jener Genossen und Verbände, die bei der Trimbacher Aktion mitgeholfen haben. Das Ergebnis

für die Basler Anträge war denn auch ein geradezu klägliches. Während nicht einmal alle am Kongress anwesenden Mitglieder der K. P. für die Basler Anträge stimmen konnten, vermochten diese Anträge noch viel weniger, die gesamte Opposition auf sich zu vereinigen. Ausser dem Grossteil der Basler Delegierten und einigen Vereinzelt, stimmten wohl nur die Bauarbeiter für die Basler Anträge, während doch die Trimbacher Aktion von sieben Zentralverbänden unterstützt wurde, worunter wohl nicht die schlechtesten zu verzeichnen sind. Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir behaupten, dass gerade das Resultat des Gewerkschaftskongresses ein schlagender Beweis für die Untauglichkeit und Unbrauchbarkeit der Fraktionen, dieser Organisation in der Organisation, ist.

### «Berner Tagwacht» (sozialdemokratisch).

Der ausserordentliche Gewerkschaftskongress zeigte ein Resultat, wie es erwartet werden durfte, wenn auch niemand die Niederlage der Basler Kommunisten in so wuchtigem Ausmass voraussah. Die Anträge des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes, dieser von kommunistischer Seite seit langem so viel verlästerten «Gewerkschaftsbureaukratie», siegten mit dem überraschenden Mehr von 181 gegen nur 30 kommunistische Stimmen. Die Bedeutung dieses Zahlenverhältnisses liegt vor allem darin, als es eine absolute Stärkung des Bundeskomitees und eine unzweifelhafte Konzentration der Gewerkschaften um die Leitung des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck bringt. Am Kongress in Neuenburg brachte die Opposition 92 Stimmen auf, gegen 136, die den offiziellen Behörden des Gewerkschaftsbundes zufließen. Seit Neuenburg hat somit das Bundeskomitee seinen Gegnern 62 Stimmen abgenommen, die Opposition verminderte sich von 92 auf 30 Anhänger. In Neuenburg stand das Verhältnis der Opposition zur offiziellen Gewerkschaftstaktik wie 2 zu 3, in Bern steht sie nur noch im Verhältnis von 1 gegen 6!

### «Basler Arbeiterzeitung» (sozialdemokratisch).

Gott sei Dank ist man nicht mehr so resolutionsgläubig. Was der Berner Tagung Bedeutung gibt, ist das unzweideutige Bekenntnis zur Einheit, scharf und deutlich von der erdrückenden Mehrheit der Delegierten ausgesprochen. Damit im Zusammenhang steht das andere bedeutungsvolle Ergebnis des Kongresses, die linkskommunistische Niederlage. Hätte es nicht gegolten, ihnen gegenüber einmal ohne Einschränkung zu betonen, dass die Lage der Arbeiterschaft zu ernst ist, um ihre Quertreibereien länger zu dulden, wäre gewiss eine schärfere Akzentuierung der Beschlüsse erfolgt. Zwei Drittel der Neuenburger Opposition mussten, gezwungen durch das linkskommunistische Vorgehen im Laufe der vergangenen anderthalb Jahre, an der Seite der offiziellen Gewerkschaftspolitiker, die in diesem Moment das kleinere Uebel sind, die linkskommunistische Zersetzungsarbeit bekämpfen.

Der Riss geht mitten durch die Kommunist. Partei. Bobst hat es am Kongress und im «Vorwärts» bestätigt. Die Kommunistische Partei befindet sich in einer schweren Krise. Ihre taktischen Methoden zerschellen an der harten Wirklichkeit. Die vernünftigen Elemente können nicht mehr mitmachen. In den Massen kommen die Kommunisten immer mehr in den Ruf, unfreiwillige Schrittmacher der Reaktion zu sein.

### «Volksrecht» (sozialdemokratisch).

Der ausserordentliche Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am letzten Samstag und Sonntag darf als eine für das Gesamtproletariat erfreuliche, höchst bedeutsame Tagung bezeichnet werden. Er brachte, ohne sich von dem Boden der realen Tatsachen auch nur einen Schritt zu entfernen, ohne dem scheinrevolu-

tionären Wunderglauben irgendwelches Zugeständnis zu machen, in allen seinen Debatten und Entschlüssen eine Einmütigkeit zum Ausdruck, wie wir sie seit Jahren nicht mehr erlebten. Das haben wir nicht zuletzt dem frechen Toben der Reaktion zu verdanken, die ihre Absichten in letzter Zeit mit allzu offener Schamlosigkeit verkündet und so die Sammlung der proletarischen Kräfte aufs nachhaltigste gefördert hat. Wie schon so oft, hat sich auch diesmal an der kapitalistischen Gesellschaft das Dichterwort bewahrheitet: Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Der Verlauf des Gewerkschaftskongresses hat einen sehr fühlbaren Umschwung zum Besseren eingeleitet. Er darf als der Anfang einer verheissungsvollen neuen Entwicklungsperiode der schweizerischen Arbeiterbewegung betrachtet werden, in deren Verlauf auch die politische Wiedervereinigung der Arbeiterklasse Tatsache werden wird.

«*Basler Vorwärts*» (kommunistisch).

Die Unternehmer, die ganze bürgerliche Gesellschaft darf zufrieden sein. Die Durchführung dieser Kongressbeschlüsse wird ihre Ruhe nicht besonders stören. Die Einheitsfront von Dürr bis Reichmann ist auf gewerkschaftlichem Boden hergestellt. Es ist die Einheitsfront des Reformismus.

«*Rote Fahne*», Berlin (kommunistisch).

In Bern tagte am Sonnabend und Sonntag der ausserordentliche Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der sich u. a. mit der Frage der Verlängerung der 48stundenwoche befasste und sich in einer Entschliessung scharf dagegen aussprach und äusserte, dass es sich hierbei um eine reaktionäre Strömung handle. Die Industrie werde nicht durch die 48stundenwoche ruiniert, sondern durch die jetzige Krise, die eine Folge des Weltkrieges und der Friedensverträge sei. Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse hänge von der Revision der Friedensverträge ab. Aus diesem Grunde sei deshalb eine Abänderung des schweizerischen Fabrikgesetzes unbegründet und der Kongress verlange daher nach wie vor die 48stundenwoche.

«*Neue Zürcher Zeitung*» (bürgerlich).

Der ausserordentliche Gewerkschaftskongress, der am 27. und 28. Mai in Bern stattfand, hat den Kommunisten eine empfindliche Niederlage gebracht. Diese ist für die Betroffenen um so peinlicher, da von ihnen selbst die Initiative zur Einberufung des Kongresses, der eine Abrechnung mit der «reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie» werden sollte, ausgegangen war. Die vom Bundeskomitee trotz allen Protesten durchgesetzte mehrmonatige Hinausschiebung des Kongresstermins ist nicht eine der letzten Ursachen für die relativ kühle Atmosphäre, in der die Treibhausblüten der kommunistischen Kampfforderungen erfroren sind. Als die Moskauer ihr Einberufungsbegehren lancierten, gedachten sie, sich die Bestürzung der Arbeiterschaft über die Folgen der Wirtschaftskrise zunutze zu machen, um die Führung der Gewerkschaften im Kampfe gegen die «Reaktion» in die Hände zu bekommen; aber auf der Gegenseite war man wachsam und nahm sich Zeit, das Terrain in einer Weise vorzubereiten, dass Ueberraschungsmanöver misslingen mussten. Im entscheidenden Augenblick haben in Bern die Anträge des Bundeskomitees gegenüber denen der kommunistischen Opposition mit 181 gegen 30 Stimmen obenaufgeschwungen.

«*Zürcher Volkszeitung*» (bürgerlich).

In der Bundesstadt tagte der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Die Resolutionen, die er fasste, sind ein Musterbeispiel dafür, wie leicht man sich in gewissen Kreisen das Urteil über die Ursachen und die Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Krise macht, wie die schwierige Lage des Landes gerade gut genug ist, um Anlass zu einigen propagandistischen Auslassungen zu geben. Zuerst befasste man sich mit dem Traktandum: Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung. Es ist klar, dass die Entschliessungen des Kongresses nach dieser Seite hin von Forderungen an die (bekanntlich übervolle!) Staatskasse nur so triefen.

«*Schweiz. Spezialehändlerzeitung*».

Der Schweiz. Gewerkschaftsbund hat am letzten Sonntag in Bern getagt, Reden angehört und Resolutionen gefasst. So eine gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und eine gegen den Lohnabbau. Ein ganzes Bündel Forderungen ist aufgestellt worden. Wieder einmal diejenige der Festsetzung einer maximalen Gewinnmarge für «Artikel des Lebensbedarfs». Es braucht schon eine ziemliche Unverfrorenheit, um diese Forderung auch jetzt noch aufzustellen. Sie zielt übrigens dorthin, wo auch die Einführung einer Bundessteuer für die hohen Vermögen und Einkommen, die Vermögensabgabe und das Getreidemonopol hinauswollen: Schritt um Schritt dem Staatssozialismus näher zu kommen. Davon haben wir nun wahrlich jetzt schon genug!



## Aus schweizerischen Verbänden.

**Bauarbeiter.** Der Streik der Steinarbeiter in Zürich ist nach vierwöchiger Dauer zum Abschluss gekommen. An Stelle eines 15prozentigen Lohnabbaus (30 bis 37 Rp. pro Stunde), wie ihn die Unternehmer hatten diktieren wollen, bleibt es bei einer Reduktion von 20 Rp. pro Stunde. Vor dem 1. April 1923 darf ein weiterer Lohnabbau nicht erfolgen. Der Achtstundentag bleibt wie bisher bestehen. So konnte die Bewegung, trotzdem auch hier in einigen Fällen Streikbrecherdienste geleistet wurden, zu einem günstigen Ende geführt werden.

**Holzarbeiter.** Ende Mai wurde die Holzarbeiter-Aussperrung nach hartnäckigen Verhandlungen durch eine Vereinbarung folgenden Inhalts beigelegt:

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit tritt ein Lohnabbau von 10 Rp. pro Stunde ein. Ab 1. Juli 1922 erfolgt ein weiterer Lohnabbau, der auch für die Sektion Kreuzlingen des Meisterverbandes Geltung hat, von 5 Rp. pro Stunde. Die seit 1. Januar bereits vorgenommenen Lohnreduktionen kommen in Anrechnung. Wo der Arbeitslohn weniger als Fr. 1.30 pro Stunde beträgt, tritt nur ein Lohnabbau von 10 Rp. ein. Vor dem 1. Dezember tritt kein Lohnabbau mehr ein, sofern nicht eine wesentliche Verschlechterung der Konjunktur eintritt. Massregelungen werden nicht vorgenommen. Die Arbeit wird am 6. Juni wieder aufgenommen.

**Metallarbeiter.** Konflikt bei *Winkler, Fallert & Co., A.-G.* Am 9. Juni ist durch Vermittlung des bernischen Gemeinderates eine Verständigung folgenden Inhalts zustande gekommen:

Der Abbau der Teuerungszulagen wird nach Vorschlag der Firma vorgenommen, mit der Abänderung, dass für das vierte und jedes weitere Kind des Arbeiters noch je Fr. 2.— pro Zahltag bis zum 30. September 1922 bezahlt werden. Die von der Firma vorgeschlagenen Löhne werden in dem Sinne modifiziert, dass die Löhne der Ledigen und der Verheirateten ohne Kinder um weniges mehr, die Löhne der Verheirateten mit Kindern etwas weniger reduziert werden; der gesamte Lohnabbau soll 13 Rp. pro Stunde und Arbeiter nicht übersteigen.